

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39
Telefax: 888 848 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast
MdB zum Einfluß rechtsradikaler Parteien auf die Kommunalpolitik und deren Auswirkung auf den Bund: Wenn es um die Macht geht, ist man in der Union nicht „pingelig“.

Seite 1

Ilse Ridder-Melchers zum Ausgang des ersten „Quoten-Tests“ in Nordrhein-Westfalen: Mehr SPD-Frauen in den Kommunalparlamenten.

Seite 3

Armin Lang MdL zu einer Initiative der saarländischen SPD-Landtagsfraktion: Wettbewerb „Frauenfreundlicher Betrieb“ ausschreiben.

Seite 5

Horst Niggemeier MdB zur Notwendigkeit einer sozialdemokratischen Partei in der DDR: Auf die Zeit nach Honecker vorbereiten.

Seite 6

44. Jahrgang / 193

6. Oktober 1989

Wenn es um die Macht geht, ist man in der Union nicht „pingelig“

Zum Einfluß rechtsradikaler Parteien auf die Kommunalpolitik und deren Auswirkung auf den Bund

Von Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast MdB

Vermutlich scharren im Lager der CDU/CSU einige schon ungeduldig mit den Hufen, um nach dem schwarz-braunen Alptraum von Bad Hersfeld schnell eine Gegenrechnung in Richtung SPD und linksaußen aufzustellen. Die Gruppe der schlimmen Vereinfacher ist ja mit der Entthronung des Heiner Geißler nicht verstimmt, sondern versucht sich in größerer Nachahmung. Deshalb gleich vorweg: Es geht um Bündnisse oder Absprachen mit rechtsradikalen Parteien und nichts anderes! Also keine Ablenkungsmanöver nach dem Motto: „Wenn Ihr mich der Kumpanei am rechten Rand bezichtigt, schau ich, ob Ihr linksaußen liebäugelt.“ Dieses Ablenkungsmanöver, so sehr es auch verlocken mag, taugt nicht zur Argumentation. Die Union soll endlich davon ablassen, rechts und links in einen Topf zu werfen. Es gibt Bündnisse, die keinen Vergleich dulden. Die Union hat zu erklären, wie es zu der Kungelei mit Union und NPD kommen konnte und wie sie verhindern will, daß das Beispiel andernorts Schule macht.

Es klang so hehr auf dem Bremer Parteitag der CDU. „Sogenannte Republikaner und NPD stehen für eine andere Republik“, beteuerte der Vorsitzende Kohl und erteilte jeder Zusammenarbeit oder jeder Koalition eine Absage. Doch was da die Parteispitze unter lautem Beifall der Öffentlichkeit bekundet, wird wohl an der Basis nicht so „pingelig“ gesehen, wenn Sachzwänge und Machterhalt es fordern. Oder umgekehrt: Die Führungsriege weiß nicht so recht, was hier und da vor Ort passiert, hofft vielleicht auch, daß es in der Kommunalpolitik nicht so auffällt.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verändertes Umweltsymbol
mit vollständiger Rückmeldung
Recycling-Papier



Das ist das Verheerende in Sachen schwarz-brauner Mauseheien und darum gehört der Fall Böhmer auch als Thema in den Bundestag. Ich fürchte, es ist eben nicht nur der Einzelfall, der mit dem Ausdruck des Bedauerns korrigiert wird und dann ist das Thema erledigt. Nein, offensichtlich geht da ein Bazillus um. Was auf Landes- oder gar Bundesebene vorerst entrüstet zurückgewiesen wird, läßt sich vielleicht im Dunstkreis der Kommunalpolitik schon einmal ausprobieren. Da hört man dann Argumente wie diese: Ach wissen Sie, in den Rathäusern, in der Gemeindevertretung da arbeiten wir ja ganz pragmatisch und oft über Parteigrenzen hinweg. Da gibt es nicht die Fronten, wie in der großen Politik. Da will man bestimmte Bauvorhaben durchsetzen, und da sieht man eher nach der Person und findet auch mal auf der anderen Seite ganz nette Leute.

Es mag ja sein. Aber solch augenzwinkerndes Einverständnis darf nicht gelten bei Parteien wie der NPD, die rassistisch gefärbte Agitation betreibt und demokratische Einrichtungen verunglimpft. Es darf nicht gelten bei Parteien wie den sogenannten Republikanern, die den Spielraum der Gewerkschaften beschneiden wollen, Ausländer als Gäste einstufen und die Medien durch Kontrollorgane gängeln wollen. Wer mit solchen Leuten kommunale Bündnisse schließt oder Absprachen trifft, gibt ihnen die Ehre einer schleichenden Aufwertung und macht sie auf leisen Sohlen salonfähig - auch für Kooperation und Koalition auf Landes- oder Bundesebene.

In Schleswig-Holstein haben wir Ende März nächsten Jahres Kommunalwahlen. In meinem Kreis - sicher auch in anderen - wird darüber diskutiert, ob man Versammlungen der „Republikaner“ mit Gegenkundgebungen oder lieber mit Stillschweigen beantworten sollte. Es wird über Verhaltensweisen geredet für den Fall, daß ansonsten anerkannte Organisationen auf die Idee verfallen könnten, Vertreter rechtsextremistischer Parteien als Podiumsteilnehmer miteinzuladen. Soll man absagen, boykottieren oder scharf gegenargumentieren? Auf dieser Ebene muß bereits der strikte Kurs der Abschottung besiegelt sein, nicht erst im Zwielicht von Gesprächen oder Kungeleien in Bad-Hersfeld oder anderswo.

Wehren wir uns dagegen, die Kommunalpolitik zum Testgebiet zu machen, wo man klämmheimlich übt, was man in Bund und Land noch vornehm entschieden von sich weiß. Demokratie ist gerade da verletzlich, wo die Bürger Politik besonders hautnah erleben. „Wir wollen die Rechtsradikalen offensiv bekämpfen“, sagen viele demokratische Parteien. Wenn sie das im lokalen Bereich nicht schaffen, können sie gleich einpacken. (-/6.10.1989/vo-he/rs)

* * *

(Diese Gedanken trug die Verfasserin am 5. Oktober in der Aktuellen Stunde des Bundestages zum Thema „Einfluß der NPD und anderer rechtsradikaler Parteien auf die Kommunalpolitik und deren Auswirkung auf den Bund“ vor.)

Mehr SPD-Frauen in den Kommunalparlamenten

Zum Ausgang des ersten „Quoten-Tests“ in Nordrhein-Westfalen

Von Ilse Ridder-Melchers
ASF-Landesvorsitzende in Nordrhein-Westfalen

In den neuen Kommunalparlamenten an Rhein und Ruhr werden deutlich mehr Frauen sitzen als in den alten Räten. 1984 waren nur knapp 13,2 Prozent Frauen in die Räte gewählt worden. Wenn es nur nach der SPD ginge, dann wären nun fast überall mindestens 25 Prozent der Ratsmitglieder Frauen.

Denn die 1988 in Münster erst für die Zeit ab 1990 beschlossene Quote (im ersten Schritt 25 Prozent der Mandate für Frauen) ist bereits bei der Kommunalwahl '89 von der SPD in nahezu allen Städten und Gemeinden - bis auf wenige „Ausrutscher“ - erfüllt, zum Teil weit übertroffen worden. Um nur einige positive Quoten-Beispiele zu nennen: Münster 43 Prozent, Herten 43 Prozent, Dülmen 40 Prozent, Bochum 32 Prozent, Aachen 33 Prozent, Bonn 35 Prozent, Rheinisch-Bergischer Kreis 40 Prozent, Bielefeld 35,3 Prozent, Kreis Gütersloh 40 Prozent, Kreis Warendorf 35 Prozent, Kreis Steinfurt 32 Prozent, Kaarst 50 Prozent.

Und die SPD hat dafür gesorgt, daß die bislang drei Oberbürgermeisterinnen und Bürgermeisterinnen in Nordrhein-Westfalen jetzt einige Kolleginnen bekommen. In Hamm (Sabine Zech), Hagen (Renate Löchter), Siegen (Hilde Fiedler) Münster (Mario Tüns), Lüdenscheid (Lisa Seuster), Kreis Steinfurt (Nina Riesenbeck), Monheim (Ingeborg Friebe), Mülheim (Eleonore Güllenstern), Kaarst (Uta Holtmeier), Neuss (Anni Brand-Elsner), Wuppertal (Ursula Kraus), Selm (Inge Hamann), Holzwickede (Margret Mader) und Ostbevern (Ulla Zumhasch) waren SPD-Frauen Spitzenkandidatinnen.

Wir haben die Hürde für die Kommunalwahl gut genommen. Jetzt kommt es auf die Landtagswahl an. Die von einigen Zweiflern vorausgesagte Zerreißprobe hat nicht stattgefunden. Daß der Quotenbeschluß Frauen ermutigt hat, sich politisch zu engagieren, läßt sich auch an den Parteieintritten in NRW deutlich ablesen: 35,3 Prozent der Neumitglieder waren in diesem Jahr Frauen.

Doch die Quote ist kein Selbstzweck und ihre Erfüllung kein Zahlenspiel. Mehr Frauen in die Räte, das wird auch eine qualitative Veränderung der Politik bedeuten. Mehr Frauen, das heißt überall: Neue Gesichter, neue Ideen und neue Impulse. Gerade in den Kommunen können Frauen in den Räten und bei der Bürgerbeteiligung ihre Erfahrungen in den Wohnungsbau, in den Städtebau und in die Verkehrsplanung einbringen.

Frauen und Mütter spüren in ihren Lebens- und Arbeitsbedingungen, im Familien- und Erwerbsleben die Auswirkungen der Kommunalpolitik besonders deutlich. Sie leben täglich mit den Unzulänglichkeiten in ihren Stadtteilen. Sie verbringen viel Zeit mit ihren Kindern in zu engen Wohnungen. Sie erleben die Gefahren der Wege zum Kindergarten und zur Grundschule. Sie kennen die fehlenden oder schlechten Spielplätze und Freizeitmöglichkeiten.

Gerade die Mütter wissen, daß die Frauenfrage zum großen Teil zur Kinderfrage geworden ist. Mit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie steht oder fällt die Gleichberechtigung der Frau. Deshalb muß der Ausbau der Tageseinrichtungen zum Schwerpunkt der Kommunalpolitik in den 90er Jahren werden. Das gemeinsame Ziel des Landes und der Städte und Gemeinden in NRW muß sein: Alle Kinder sollen einen Platz im Kindergarten haben. Auch die starren und unzureichenden Öffnungszeiten der Kindergärten und die mangelnde Betreuung der Schulkinder außerhalb des Unterrichts sind Probleme, die jetzt angepackt werden müssen.

Ich appelliere deshalb an alle Frauen, die jetzt in die Kommunalparlamente gewählt worden sind, nun auch die wichtigen Fachausschüsse zu erobern, sich in Aufsichtsräte von Sparkassen und Stadtwerken wählen zu lassen und so die gesamte Kommunalpolitik mitzugestalten. Die SPD-Fraktionen in den Städten und Gemeinden sind aufgefordert, viele qualifizierte Frauen als sachkundige Bürgerinnen in die Ausschüsse einzubinden.

Die Frauen in den Räten sollten sich auch als Bündnispartnerinnen der kommunalen Gleichstellungsstellen verstehen, damit diese keine Einzelkämpferinnen für die Rechte der Frauen sind. Nachdem gerade die 150. Gleichstellungsstelle in Nordrhein-Westfalen ihre Arbeit aufgenommen hat, geht es nun darum, den Gleichstellungsstellen weitreichende Kompetenzen und gute Arbeitsmöglichkeiten zu sichern.

Die SGK und die Landesarbeitsgemeinschaft der Gleichstellungsbeauftragten in Nordrhein-Westfalen hat dazu Vorschläge gemacht. Sie forderten unter anderem das Recht zur Akteneinsicht und zur Teilnahme an den Beratungen, das Recht vor dem Rat und vor den Ausschüssen Stellung zu nehmen sowie die Möglichkeit, eigenverantwortliche Öffentlichkeitsarbeit zu machen. Die Gleichstellungsbeauftragte soll vom Rat bestellt werden, der auch ihren Geschäftskreis festlegt.

Ich halte diese Vorschläge für gut und werde mich auf Landesebene dafür einsetzen, daß wir entsprechende verbindliche Regelungen für alle Gleichstellungsbeauftragten bekommen.

(-/6.10.1989/vo-he/rs)

* * *

Wettbewerb „Frauenfreundlicher Betrieb“ ausschreiben

Zu einer Initiative der saarländischen SPD-Landtagsfraktion

Von Armin Lang MdL

Sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im saarländischen Landtag

Die saarländische Landtagsfraktion hat sich in ihrer letzten Sitzung mit Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit befaßt und der saarländischen Landesregierung die Ausschreibung eines Wettbewerbs „Frauenfreundlicher Betrieb“ vorgeschlagen.

Immer mehr Unternehmen und Verwaltungen geben Eltern die Chance, Kinder und Beruf besser unter einen Hut zu bringen. Bisher sind es insbesondere Großbetriebe, die für ihre Beschäftigten längeren Familienurlaub, Garantie auf Wiedereinstellung, flexiblere Arbeitszeiten, Teilzeitarbeit und besondere berufsqualifizierende Fördermaßnahmen anbieten, damit diese sich vorübergehend voll dem Nachwuchs widmen und auf Berufstätigkeit verzichten können.

Die saarländische SPD-Landtagsfraktion setzt auf das Eigeninteresse auch kleinerer Betriebe und will durch einen landesweiten Wettbewerb die Phantasie und Flexibilität der Betriebsinhaber sowie deren Personal- und Betriebsräte anregen.

Die saarländische SPD-Landtagsfraktion schlägt daher der saarländischen Landesregierung die Ausschreibung eines Wettbewerbs „Frauenfreundlicher Betrieb“ vor. Anders als bei dem in Nordrhein-Westfalen bereits in diesem Jahr durchgeführten Wettbewerb soll hier im Saarland größerer Wert auf „Kinderfreundlichkeit“ innerbetrieblicher Maßnahmen gelegt werden. Darunter fallen beispielsweise:

- Frauen- und familienfreundliche Arbeitszeiten,
- Beurlaubungsmöglichkeiten und bevorzugte Wiedereinstellung bei Kindererziehung,
- Frauenförderpläne und berufliche Wiedereingliederungsprogramme,
- Weiterbildung und Aufstiegschancen für Frauen,
- Lohngleichheit und vieles mehr.

Besonders begrüßenswert sind natürlich Initiativen, in denen eine betriebseigene Kinderbetreuung geplant werden.

Der Landeswettbewerb sollte 1990 erstmals durchgeführt und mit Anerkennungsprämien für besonders modellhafte Betriebsorganisationen ausgestattet werden. Jährlich sollte diese „saarländische Bilanz familienfreundlicher Betriebe.. öffentlich vorgestellt und damit die Weiterverbreitung „guter Ideen“ organisiert werden.

(-/6.10.1989/vo-he/rs)

* * *

Auf die Zeit nach Honecker vorbereiten
Zur Notwendigkeit einer sozialdemokratischen Partei in der DDR

Von Horst Niggemeier MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Auf die Zeit nach Honecker vorbereitet zu sein, ist auch eine Aufgabe der demokratischen Parteien in der Bundesrepublik, denn die Forderung nach Meinungspluralismus und Demokratisierung in der DDR ist auch orientiert an den demokratischen Strukturen in der Bundesrepublik. Da ist das Wort von Egon Bahr, „Auch die gesplante Nation bleibt eine Nation“, völlig richtig, weil die Annahme weltfremd wäre, daß die Deutschen (Ost) die politischen Inhalte und Organisationsformen der Deutschen (West) in ihre Reformforderungen nicht miteinbeziehen würden.

Es kann deshalb nicht überraschen, daß sich die Stimmen anerkannter DDR-Kenner mehren, die für die vier Blockparteien in der DDR, als da sind Christdemokraten, Liberaldemokraten, Nationaldemokraten und die Bauernpartei, als ersten Schritt zu mehr Pluralismus eine größere Unabhängigkeit von der SED vorschlagen. Dem Vernehmen nach denkt auch Gorbatschow daran, Honecker einen solchen Schritt vorzuschlagen.

Aber es stellt sich auch die Frage, was ist mit den Menschen in der DDR, die dem Gedankengut und der Programmatik der Sozialdemokratie den Vorzug geben? Daß es sie nicht nur innerhalb der SED-Mitgliedschaft, sondern auch in der gesamten DDR-Bevölkerung gibt, ist inzwischen unstrittig.

Aber es gibt keinen organisatorischen Ansatzpunkt für den sozialdemokratisch gesinnten Teil der DDR-Bevölkerung, denn die 1946 durchgeführte Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur kommunistischen SED war gleichzeitig verbunden mit einem unerbittlichen Kampf der Kommunisten gegen alles, was im Kern des Geistes noch sozialdemokratisch war. „Sozialdemokratismus“ war dafür der kommunistische Kampfbegriff.

Insofern ist die Überlegung von Prof. Wolfgang Seiffert, des 1978 in die Bundesrepublik gekommenen ehemaligen persönlichen Beraters Erich Honeckers, sehr folgerichtig, wenn er sagt:

„Die SED müßte ehrlich gemacht werden, also sich kommunistisch nennen. Die SPD müßte neuzugelassen werden.“

Ebenso bedenkenswert ist die Überlegung des ehemaligen DDR-Professors Franz Löser, der zwar Zwangsmaßnahmen der jetzigen SED-Führung gegen jede Form von Opposition für möglich hält - Gefängnis oder Ausweisung - aber der meint:

„Die SPD muß der SED und der DDR-Bevölkerung klarmachen, daß es einen Weg zu einer demokratischen und sozialistischen Gesellschaft gibt. Das kann nur die SPD leisten.“

In diesen und vielen anderen Überlegungen drückt sich letztlich die Erkenntnis aus, daß die kommunistische SED „nicht mehr reformierbar ist“, wie es das Politbüromitglied Imre Pozsgay über die ungarische KP gesagt hat. Für den ungarischen Reformler Pozsgay kommt deshalb nur eine radikale Umwandlung der KP Ungarns in die Richtung der westlichen Sozialdemokratie infrage oder - so Pozsgay - „ich trete aus der Partei aus“. Originalton Pozsgay dazu: „Dieser demokratische Sozialismus macht sich die Ziele der westlichen Sozialdemokratie zueigen in Verbindung mit ungarischen Traditionen und zählt sich zur progressiven europäischen Linken. Das heißt, daß die Betonung auf dem Wort ‚Demokratie‘ liegt - einer Demokratie, die uns bestimmten sozialen Zielen näherbringt, wie etwa der Chancengleichheit, der sozialen Marktwirtschaft und dem Wohlfahrtsstaat.“

Die Annahme wird nicht falsch sein, daß in der DDR-Bevölkerung eine breite Mehrheit dafür vorhanden sein wird, die diesen ungarischen Weg von der Umwandlung einer kommunistischen Parteidiktatur in ein demokratisches Mehrparteiensystem auch als Chance für ihren Staat begreifen würde.

Weil dies so ist, werden Reformen in der DDR nur mit den Ideen der westlichen Sozialdemokratie stattfinden und zur Beruhigung der Lage beitragen können. Deshalb wird die Auflösung der Zwangsehe von SPD und KPD aus 1946 eine unabwendbare Voraussetzung dafür sein, daß die aktive Mitwirkung der Menschen an der Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse möglich wird. Ein Verweigern dieser Mitwirkung wird - so Hans-Jochen Vogel nach dem Flüchtlingsdrama Anfang Oktober - „die Erosion der DDR noch weiter beschleunigen“.

(-/6.10.1989/vo-he/rs)